



Grüne Ronnenberg: Wir brauchen eine andere Agrarpolitik! – Veranstaltung am 27.11.2012



FOTO: RUTZEN

Zusammen mit ca. 2500 Bürgerinnen und Bürgern aus vielen Teilen Niedersachsens und der Bundesrepublik waren auch Ronnenberger Grüne am 10. November 2012 zusammen mit den beiden Bundestagsabgeordneten Brigitte Pothmer und Sven Christian Kindler auf der Demo in Hannover. Sie sind für eine andere Agrarpolitik auf die Straße gegangen.

Wir haben es satt!

Eine Aussage, die uns von Plakaten, Transparenten und Einladungen zu Veranstaltungen seit einiger Zeit ins Auge fällt.

49 Naturschutz-, Umwelt-, Bio- und Bauernverbände, Organisationen der Wirtschaft, der Kirche und Bürgerinitiativen mahnen mit diesem Ausruf eine Änderung der Agrarpolitik an.

Sie – und damit tausende der Mitglieder – haben es satt, zuzusehen, dass die systematische Förderung einer agrarindustriellen Entwicklung in Deutschland unsere Umwelt immer mehr negativ in Mitleidenschaft zieht. Eine Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die unter dem Motto »wachse oder weiche« stand und von der Politik, dem Bauernverband, dem Handel und der Nahrungsmittelindustrie gefördert wurde, führte zum Bauernsterben.

Die Folge: Große zusammenhängende

Ackerflächen entleeren unsere Landschaft, die Tier-»produktion« findet in Massentierhaltungsställen statt, Grünflächen werden umgebrochen – alles mit dem Ziel schnell hohe Erträge zu erzielen und damit Lebensmittel billiger anbieten zu können. Weitere Subventionsangebote, die den landwirtschaftlichen Betrieben gemacht wurden, z.B. Anbau von Raps oder Getreide zur Treibstoffproduktion und von Mais für Biogasanlagen wurden für diese zu neuen Einnahmequellen.

Nachweislich führt die Fortsetzung dieser Entwicklung zu Schäden an Natur und Artenvielfalt, Boden, Wasser und Luft und nicht zuletzt schon heute an der Gesundheit – von dem unschönen Anblick landschaftlicher »Vermaisung« mal ganz abgesehen. Dieses »System Landwirtschaft« wird nicht nur direkt von uns allen über Steuern in Form von gigantischen Subventionszahlungen an Brüssel finanziert, die Schäden, die durch diese Art der Landwirtschaft entstehen, muss die Allgemeinheit letztlich auch bezahlen.

Bündnis 90/Die Grünen in Ronnenberg wie auch zahlreiche Verbände und Organisationen setzen sich ein für

- ➔ faire Preise und Marktregeln
- ➔ soziale Arbeitsbedingungen in der Ernährungsbranche
- ➔ Mindestlöhne und Sozialhilfesätze für bezahlbare gesunde regionale Lebensmittel
- ➔ Stärkung des Ökolandbaus in Niedersachsen wie auch in ganz Deutschland
- ➔ klima- und umweltverträgliche Landwirtschaft
- ➔ Vielfalt statt Monokultur
- ➔ bäuerliche und ökologische Agrarreform

- ➔ gentechnikfreie Saatgut- und Lebensmittelherzeugung
- ➔ Solidarität mit den Kleinbauern in Afrika

Wir Grüne haben uns neben anderen politischen Hauptthemen wie Bildung, ökologische Energieerzeugung u.v.m. der Veränderung der Agrarpolitik in diesem Sinne verschrieben und stehen damit hinter den Forderungen dieses riesigen »Agrarbündnisses« der Verbände und Organisationen.

Auch aus diesem Grunde findet die **Veranstaltung »Landwirtschaft – wohin gehst du?« des Ortsverbandes der Grünen Ronnenbergs am 27. November 2012 um 19:00 Uhr in der Theodor-Heuss-Schule in Empelde** statt. Der grüne Landtagsabgeordnete, und stellvertretende Fraktionsvorsitzende im niedersächsischen Landtag Christian Meyer hält einen Vortrag zur Einführung in die komplexe Thematik. Er ist zugleich auch Sprecher für Landwirtschaft in der Grünen Landtagsfraktion. Anschließend werden Fachleute unterschiedlichster Richtungen aus der Region mit Ihnen und uns diskutieren.

Hans-Jürgen Pein,
Vorstand Grüne Ronnenberg

RUNDBRIEF – WAS IST DRIN?

- S. 1: Wir haben es satt
- S. 2: Ein Jahr Rot-Grün
- S. 3: Passivhausstandard
- S. 4: Neuer Vorstand des OV
1 Jahr stellvertr.
Bürgermeisterin
- S. 5: Strompreislüge
- S. 7: Jugendkonzept
- S. 8: Empelder Freibad



Ein Jahr Grüne in der Mehrheitsgruppe im Rat der Stadt Ronnenberg: Sparen und Investieren – eine erste Bilanz.

*Eine Zusammenfassung von Jens Williges,
Grüne Ratsfraktion Ronnenberg*

Verschlinkung der Verwaltungsspitze

Die Grüne Forderung nach Reduzierung der Stellen in der Verwaltungsleitung von sechs auf vier konnte umgesetzt und somit erhebliche finanzielle Einsparungen generiert werden.

Blockheizkraftwerke

Aufgrund eines Grünen Antrages wurden in den Schulzentren in zwei Stadtteilen alte Heizungsanlagen durch Blockheizkraftwerke ersetzt und somit Energiekosten eingespart. Außerdem bringen die BHKWs für die Stadt Einnahmen aus der Stromerzeugung.

Teilneubau Marie-Curie-Schule – energie- und kostensparend

Um zukünftig der Stadt Energiekosten zu sparen, haben sich Grüne dafür eingesetzt, dass in dem Teilneubau eine sparsame Heizungsanlage mit einer geregelten Belüftung inkl. Wärmerückgewinnung eingebaut und dass das Gebäude mit Passivhauskomponenten verwirklicht wird. Neben der Kosten- und CO₂ Einsparung wird für die Schüler durch ausreichende Lüftungen und Heiz-/Kühlplatten (Kühlung passiv) auch eine angenehmere Lernatmosphäre geschaffen.

Passivhausstandard in Neubaugebieten

Im Rahmen des Klimaschutzaktionsprogramms wurde für Neubaugebiete der Passivhausstandard beschlossen. In den geplanten Neubaugebieten in Weetzen und Empelde wird der Standard verbindlich vorgegeben. Die Mehrinvestitionen beim Bau der Häuser werden sich für die Hauseigentümer binnen weniger Jahre bezahlt machen. Neben der CO₂ Einsparung werden die Eigentümer von zukünftigen Heizkosten entlastet.

Reduzierung des Haushaltsdefizits der Stadt

Grüne haben sich für die mit der SPD gemeinsam beschlossene Erhöhung der Grundsteuer, der Gewerbesteuer und der Vergnügungssteuer eingesetzt. Angesichts des hohen strukturellen Defizits der Stadt haben die Grünen neben den Einsparungen bei der Verwaltung und bei den Energiekosten auch auf Einnahmeverbesserungen gesetzt. Die Stadt kann durch die Vorgabe zur sparsamen Haushaltsführung, durch Einsparungen und Einnahmeverbesserungen ihr Defizit in 2012 um über 1 Millionen Euro senken.

Umstellung auf energiesparende Straßenbeleuchtung

Durch die Grüne Initiative auf eine beschleunigte Umstellung der Straßenbeleuchtung auf energiesparende Lampen spart die Stadt jedes Jahr Geld.

Verhandlungen zur Stromnetzübernahme

Die Prüfung für eine Stromnetzübernahme in die öffentliche Hand, die wir auch als Forderung in unserem Wahlprogramm aufgenommen haben, wird zur Zeit, getragen von allen Fraktionen, durchgeführt. Neben der Wertschöpfung vor Ort und damit Verbleib der Einnahmen in der Stadt, steht die Daseinsvorsorge im Vordergrund bei den Überlegungen zum Kauf eines Mehrheitsanteils an dem Stromnetz.

Bürgerversammlungen in Ronnenberg und Empelde

In den Stadtteilen Ronnenberg und Empelde, in denen es keine Ortsräte gibt, werden auf Grüne Initiative hin jährliche Bürgerversammlungen durchgeführt. Die Hemmschwelle für Fragen, Kritik und Anregungen an die Entscheider vor Ort soll durch eine offene Versammlung außerhalb von Parteiveranstaltungen gesenkt werden.

Forderung für mehr Finanzsolidarität in der Region

Die Grüne Forderung nach einem besseren Ausgleich zwischen den steuerkraftstarken und steuerkraftschwachen Kommunen im Umland von Hannover wird für den nächsten Haushalt der Region umgesetzt. Die Stadt erhält zusätzlich eine halbe Million Euro Regionsumlage im Jahr.

Neuer Hort in Ronnenberg und Sanierungen der Klassenräume

Die Grüne Initiative in Bezug auf einem weiteren Hort im Stadtteil Ronnenberg wurde dieses Jahr durch eine Übergangslösung umgesetzt. In der Ronnenberger Grundschule konnte zudem eine kostengünstigere und für den Schulbetrieb bessere endgültige Lösung für die neue Hortgruppe gefunden werden. Daneben wurden Klassenräume saniert.

Erfolgreiche Arbeit der Grünen stellvertretenden Bürgermeisterin

Dorothea Pein, unsere stellvertretende Bürgermeisterin, konnte viel Sympathien gewinnen. Sie ist direkte Ansprechpartnerin für die Bürgerinnen und Bürger und setzt sich mit viel Engagement für die Belange der Ronnenbergerinnen und Ronnenberger ein.

- Neuer Hort in Weetzen und qualifiziertes Ganztagsangebot in der Schule
- Forderung an das Land zur Fortführung der Schulsozialarbeit
- Thema Inklusion vorangetrieben
- Inhaltliche und politische Begleitung der Diskussion über die Gaskavernen



Passivhausstandard ist Pflicht für Neubauten in Ronnenberg

Der Passivhausstandard, wie im Übrigen auch die Solarinitiative, sind als Grüne Forderungen in das Ronnenberger Klimaschutz-Aktions-Programm aufgenommen worden. Für Neubaugebiete wird durch städtebauliche Verträge, der Passivhaus-Standard mit dem Bebauungsplan verpflichtend festgelegt. Nun geht es an die Umsetzung und somit an die Einbindung in die entsprechenden Bauleitplanungen. Vielversprechende Projekte sind in der Planung bzw. schon in der Umsetzung. Die jahrelange politische Arbeit der Grünen in Ronnenberg trägt jetzt ihre Früchte. Ein Bericht von *Andreas Beichler, Grüne Ratsfraktion Ronnenberg*.

Das vom Rat beschlossene Klimaschutz-Aktionsprogramm mit der darin vorgeschriebenen Baupflicht (bei Neubau) von Passivhäusern sind ein wirklich großer Schritt in Richtung mehr Klimaschutz in Ronnenberg. Als weiteres wichtiges Kernziel des Programmes wurde auf grünen Antrag hin folgende Formulierung aufgenommen:

Die Stadt Ronnenberg strebt als Etappenziel zur beschlossenen Klimaneutralität (CO₂-Minderung auf 2t je Einwohner bis 2050) eine Reduzierung der energiebedingten Treibhausemissionen um ca. 35% bis zum Jahr 2020 (Bezugsjahr 2005) an.

Um ein solch ambitioniertes Ziel zu erreichen ist es unter anderem notwendig, den **Nichtverbrauch von fossiler Energie** bei Neubauten in den Mittelpunkt zu stellen, denn es ist absehbar: Der Preis für Energie, und damit die Nebenkosten, werden steigen – das ist sicher. Neben diesem rein wirtschaftlichen Aspekt steht für uns natürlich die damit einhergehende CO₂-Reduktion eine große Rolle.

Die derzeit in der Entwicklung stehenden Baugebiete in Weetzen, Empelde und Ronnenberg werden künftig mit Passivhäusern bebaut. Trotz einiger Anlaufschwierigkeiten in der Akzeptanz des Passivhausstands sind wir überzeugt, dass durch gezielte Informationskampagnen der Stadtverwaltung und »Pro Klima« viele Missverständnisse und Falschinformationen aus dem Weg geräumt werden können.

Außerdem hilft ein Blick in das Klimaschutz-Aktions-Programm. Dort heißt es: »... Dem nach wie vor noch sehr großen Wissensdefizit bei Bauwilligen aber auch Bauunternehmern, Bauträgern, Handwerkern und Kreditinstituten sollte mit ge-

zielten Informationen für Bauherren (z.B. regelmäßige Informationsveranstaltungen zum Passivhausbau) und regelmäßigen Fortbildungen für Handwerker und Baugewerbetreibende entgegengewirkt werden. Im Rahmen des Klimaschutz-Aktionsprogramms wird vorgeschlagen, das Thema Qualifizierung aufzugreifen und Angebote für Akteure aus Ronnenberg zu entwickeln. Nur so sind kompetente Beratung, bewusste und auf Fachwissen basierende Entscheidungen von Bauherren und qualitativ hochwertige Realisierung zu erreichen.«

Das schafft enorme Sicherheit beim Hausbau.

Aber nicht nur beim privaten Hausbau, sondern auch bei öffentlichen Gebäuden, haben Grüne immer wieder darauf hingewirkt, dass der Passivhausstandard angewendet wird. So hat erst kürzlich die im Passivhausstandard errichtete neue Kita an der Halde ihren Betrieb aufgenommen.

Zeitgleich läuft das Angebotsverfahren zum Neubau von mehreren Baukörpern der Marie-Curie-Schule mit Passivhauskomponenten in weiten Bereichen. Dass dieser Standard neben erheblichen energetischen Effekten auch zu einem angenehmeren Raumklima, einem großzügigerem Raumangebot (keine Heizkörper in den Klassenräumen) und somit zum Gelingen eines guten Unterrichts beiträgt, sei hier auch bemerkt.

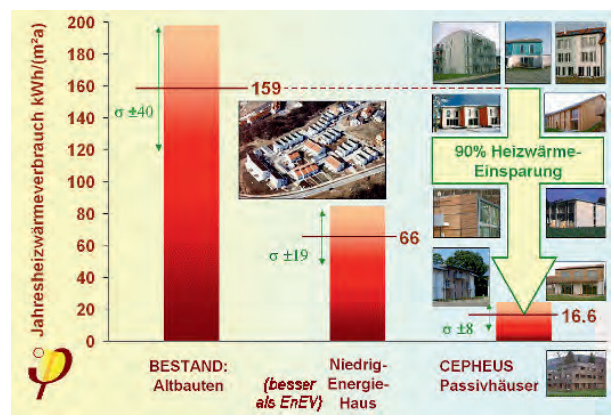
Grüne werden auch weiterhin die treibende kommunale Kraft in Sachen Recourcenschonung und klimafreundlichen Investitionen sein.

Das Passivhaus ist ein konsequent weiterentwickeltes Niedrigenergiehaus. Es zeichnet sich durch besonders hohe Behaglichkeit bei sehr niedrigem Energieverbrauch aus. Die Energieeinsparung beim Heizen beträgt über 80 Prozent gegenüber den gesetzlich vorgeschriebenen Neubau-Standards. Die Heizkosten sind nur äußerst gering. Der Heizwärmebedarf liegt im Passivhaus unter 15 kWh/(m²a). Das entspricht nicht mehr als etwa 1,5 Liter Öl oder 1,5 m³ Erdgas pro Quadratmeter Wohnfläche.

Die hohe Energieeffizienz wird vor allem durch passive Komponenten (z.B. Wärmeschutzfenster, Dämmung, Wärmerückgewinnung) erreicht. Der geringe restliche Heizwärmebedarf kann beispielsweise über die ohnehin vorhandene Komfortlüftung zugeführt werden. Jedes Passivhaus ist ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz.

Rein äußerlich unterscheiden sich Passivhäuser nicht von konventionellen Häusern, denn mit Passivhaus bezeichnet man einen Standard und keine bestimmte Bauweise. Entscheidend für den Bau von Passivhäusern sind gute Planung und sorgfältige Ausführung der Details.

Durch Passivhäuser spart man Energie und Klimagase – nicht nur ein bisschen, sondern umfassend. Und die Einsparung findet man nicht nur rechnerisch auf dem Papier, sondern in der Praxis. Diese Grafik zeigt gemessene Verbrauchswerte in Gebäuden im Bestand, in Niedrigenergie- und in Passivhäusern.





Der neue Vorstand des Grünen Ortsverbandes



FOTOS (C): RUTZEN

Die Grünen in Ronnenberg sind medial breit gefächert erreichbar – so auch in Facebook und bei Twitter. Mehr Infos über die Grünen und ihre Arbeit vor Ort in der Stadt Ronnenberg unter: www.gruene-ronnenberg.de
Für »facebook« bitte dem Link auf der Grünen Internetseite folgen.

Am Montag, den 15. 10. 2012 haben die Grünen in Ronnenberg auf ihrer Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand gewählt. Alle Kandidaten und Kandidatinnen wurden einstimmig gewählt. Der Vorstand besteht nunmehr aus **Christine Tröster-Rutzen als Kassenswartin, Regina Lupp, Hans-Jürgen Pein und Jörg Rutzen.** Regina Lupp und Jörg Rutzen wurden als Vorstandssprecher bestätigt.



1 Jahr stv. Bürgermeisterin in der Stadt Ronnenberg



Dorothea Pein

Inzwischen kann ich auf ein Jahr als stellvertretende Bürgermeisterin zurückblicken. Überraschend kam für mich nach wenigen Tagen meiner Amtsübernahme die Aufforderung, eine Rede am

meiner Schande gestehe ich das – zum ersten Mal mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Inzwischen ist eine Rede vor teils unbekanntenen Personen und zu Themen, mit

denen ich mich erst beschäftigen muss, um auch etwas Sinnvolles sagen zu können oder auch reagieren zu können, wenn mein Vorredner das sagt, was ich mir eigentlich vorgenommen hatte, ein wenig alltäglicher geworden.

Mein zweites Standbein sind die Gratulationen zu besonderen persönlichen Anlässen. Einige der Gespräche ließen tiefere Einblicke in Geschichten von Vertreibung und früherer Not zu. Allen Besuchen war eines gemeinsam: Die Menschen reagieren freundlich, fröhlich und dankbar auf die Ihnen entgegengebrachte Aufmerksamkeit, weshalb ich dieses Ehrenamt mit großer Freude ausübe.

**Dorothea Pein,
Grüne Ratsfraktion Ronnenberg und
stellvertretende Bürgermeisterin**



Warum der Strompreis tatsächlich steigt

In den letzten Jahren ist der Strompreis in Deutschland stetig gestiegen. Alleine zwischen 2000 und 2011 von 13,64 auf 24,95 Cent pro Kilowattstunde. Auch in den kommenden Monaten und Jahren wird mit einer Erhöhung der Preise gerechnet.

Immer häufiger wird behauptet, dass die Erneuerbaren Energien (EE) schuld am steigenden Strompreis seien.

Klar, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht zum Nulltarif zu haben ist, aber dies wird zur Stimmungsmache gegen die Energiewende genutzt. Denn mehr als zwei Drittel der Preiserhöhung haben nichts mit den Erneuerbaren Energien zu tun.

Betrachtet man die Entwicklungen der Strompreise in den letzten zehn Jahren, dann zeigt sich deutlich, dass weniger die Erneuerbaren Energien oder die EEG-Umlage für die steigenden Strompreise verantwortlich sind. Ursache dafür sind vielmehr die Privilegierung für die Industrie sowie die gestiegenen Kosten für Stromerzeugung, Transport und Steuern.

Die EEG-Umlage, d.h. die Förderung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, die über den Strompreis bezahlt wird, liegt zur Zeit bei 3,59 Cent pro Kilowattstunde. Die konservative Deutsche Energie-Agentur (dena) rechnet für das Jahr 2013 mit einer Umlagehöhe von 4,7 Cent pro Kilowattstunde. Die Regierung Merkel versucht die Debatte zu instrumentalisieren, um das EEG abzuschaffen, den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu verlangsamen und Lobbyinteressen der konventionellen Energien zu befriedigen.

Schwarz-Gelb behauptet, der Strompreis steige auf Grund der steigenden EEG-Umlage.

Fakt ist aber: In den letzten 11 Jahren (2000 bis 2011) ist der Strompreis um ca. 11,3 Cent gestiegen, während die EEG-Umlage im selben Zeitraum nur um ca. 3,5 Cent gestiegen ist.

Zwei Drittel der Preissteigerungen lassen sich also nicht mit der EEG-Umlage erklären.

Tatsächliche Ursachen für den Anstieg der Strompreise

Die EEG-Umlage wird durch die massive Erweiterung der Umlagebefreiung und durch **die Marktprämie** unnötig verteuert – weit mehr als die Wettbewerbsfähigkeit erfordert.

Die Zementindustrie ist beispielsweise befreit, obwohl sie nicht im internationalen Wettbewerb steht. Zudem hat Schwarz-Gelb den Verbrauchsgrenzwert, ab dem Unternehmen eine geringere EEG-Umlage zahlen müssen, auf 1 Gigawatt pro Jahr abgesenkt! Seit 2006 haben sich die Anträge zur Befreiung von 406 auf 2023 in diesem Jahr verfünffacht. Dazu

Auch das von Schwarz-Gelb eingeführte Instrument der Marktprämie zur Selbstvermarktung von Erneuerbaren Energien verursacht Mehrkosten von 500 Mio. Euro, weil die Direktvermarkter eine Managementprämie einstreichen. So schafft sie Mitnahmeeffekte und Mehrkosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher, ohne dass mehr Erneuerbaren-Energie-Anlagen gebaut würden.

Neben der EEG-Umlage ist der Börsenpreis für Strom ein entscheidender Faktor für die Haushaltspreise. **Was gerne verschwiegen wird: Er hat sich seit einigen Jahren deutlich verringert, von 2008 bis heute um rund 3,5 Cent pro Kilowattstunde.** Stromversorger geben die Preissenkungen aber nicht an die Kundinnen und Kunden weiter, sondern stecken sie in die eigene Tasche. Damit fallen aktuell die Stromrechnungen um 3 Milliarden Euro für die privaten Haushalte zu hoch aus. Auffällig ist, dass die Preise für die Großabnehmer von Strom (Industrie, Gewerbe etc.) seit 2008 um 3% gefallen sind, während die privaten Endkundinnen und Endkunden 20% mehr zahlen müssen. Ein Teil des Preisrückgangs basiert übrigens auf der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien. Denn an der Börse wird dieser Ökostrom annähernd zum Nulltarif gehandelt. Und: Anders als oft behauptet wird, liegen die Börsenstrompreise in Deutschland nicht über dem Niveau vergleichbarer europäischer Staaten. Im Zeitraum seit der Abschaltung der acht Atomkraftwerke war Börsenstrom in Deutschland günstiger als etwa in Großbritannien, Frankreich, Spanien, Italien oder der Schweiz.

Steigende Energiepreise und die Belastungen für einkommensschwache Haushalte sind kein neues Phänomen. Schon vor der schwarz-gelben Energiewende machten Verbraucherschützerinnen und



Die Solaranlage auf dem Dach der Theodor-Heuss-Schule in Empelde: Bürgerinnen und Bürger investieren in erneuerbare Energie – ein gutes Invest in unser aller Zukunft!

FOTO: RUITZEN

hat Bundeswirtschaftsminister Rösler (FDP) zahlreiche Industrieunternehmen von den Netzentgelten befreit. Diese massive Ausdehnung der Ausnahmeregelungen verursachen Einnahmeausfälle von 4–5 Mrd. Euro pro Jahr. Die Zeche müssen vor allem Privathaushalte und kleine/mittelständische Unternehmen zahlen. **Gerade die energieintensiven Branchen profitieren von den durch Erneuerbaren-Energie-Strom sinkenden Börsenpreisen – sie verdienen also doppelt!**

Weiter auf Seite 6 →



→ Verbraucherschützer darauf aufmerksam, dass die höheren Stromrechnungen Auswirkungen auf einkommensschwache Haushalte haben. Passiert ist aber damals von Seiten der Regierung Merkel gar nichts.

Endlich fließen die staatlichen Förderungen nicht mehr in dreckige oder gefährliche Energieformen. Kohle und Atom haben zusammen von 1970–2010 insgesamt 408 Mrd. Euro Subventionen erhalten. Erneuerbare Energien dagegen bis 2010 nur 28 Mrd. Euro.

Was getan werden kann, um die Preise zu senken:

☞ Die EEG-Umlage darf nicht künstlich aufgebläht werden: Die ausufernde Umlagebefreiung der Industrie muss eingegrenzt und auf wirkliche Härtefälle beschränkt werden.

☞ Die Managementprämie gehört abgeschafft, die Marktprämie muss kritisch überprüft werden!

☞ Preissenkende Wirkung des EEG (der sogenannte »Merit-Order-Effekt«) in die EEG-Umlage einberechnen: Nach Berechnungen des Fraunhofer Instituts für System- und Innovationsforschung im Auftrag des Bundesumweltministeriums senkt das den Börsenpreis für Strom um 0,6 Cent pro Kilowattstunde. Damit hat das EEG eine stark preisdämpfende Wirkung auf die Börsenstrompreise. Bezogen auf den gesamten deutschen Stromverbrauch ergibt sich daraus eine entlastende Wirkung von 2,8 Milliarden Euro.

Ökonomische Effekte des Ausbaus Erneuerbarer Energien

Erneuerbare Energien bewirken verschiedene Effekte, die wissenschaftlich drei Hauptgruppen zuzuordnen sind. Aus methodischen Gründen können quantitative Vergleiche nur innerhalb einer Gruppe stattfinden.

Verteilungseffekte
zeigen, welche Gruppen durch die Förderung Erneuerbarer Energien be- oder entlastet werden. Beispiel EEG-Umlage: Nutznießer sind Anlagenbetreiber, belastet werden die Stromkunden. Betrachtet wird die Umverteilung durch das Fördersystem.

weitere Effekte

Förderung Erneuerbarer Energien
z.B. Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), Marktanzreizprogramm (MAP), Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EeWärmeG)

z.B. Merit-Order-Effekt

z.B. EEG-Umlage

z.B. Besondere Ausgleichsregelung

z.B. Innovationswirkung

z.B. regionale Wertschöpfung

z.B. vermiedene Energieimporte

z.B. Beschäftigungseffekt

z.B. BIP-Effekt der Energiepreise

z.B. Portfolioeffekt

z.B. vermiedene Umweltschäden

z.B. systemanalytische Differenzkosten

Makroökonomische Effekte
weisen gesamtwirtschaftliche oder sektorale Wachstumseffekte aus. Beispiel BIP-Effekt der Energiepreise: Durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien sinkt die Nachfrage nach fossilen Energien. Die hieraus resultierende Reduzierung der Energiepreise hat eine positive Auswirkung auf das Brutto-Inlandsprodukt (BIP).

Systemanalytische Effekte
umfassen direkte und indirekte Kosten- und Nutzenwirkungen des Ausbaus Erneuerbarer Energien. Beispiel systemanalytische Differenzkosten: Dieser Effekt beschreibt den Unterschied zwischen den Stromgestehungskosten von konventionellen und erneuerbaren Energieträgern. Beispiel Portfolioeffekt: Konventionelle Energieträger müssen größtenteils importiert werden. Ihre Preisentwicklung ist unsicher. Erneuerbare Energien haben hingegen eine geringe Risikoprämie. Durch ihren Ausbau kann das Risiko des Energieportfolios gesenkt werden.

www.unendlich-viel-energie.de

☞ Weg von Öl und Kohle! Die Abhängigkeit von fossilen Importen mindern: Die deutsche Öl-, Gas- und Kohlerechnung wird in den kommenden Jahren weiter stark ansteigen und damit die Strom- und Wärmerechnungen der VerbraucherInnen immer weiter belasten. Alleine 2011 hat die Europäische Union eine Erdölrechnung über 400 Milliarden Euro erhalten. 120 Milliarden Euro mehr als im Jahr davor. Dagegen gibt es Sonne und Wind kostenlos und unbegrenzt. Auch deshalb sind Erneuerbare Energien der einzige Weg zu sicherem, bezahlbarem und

vor allem auch klimafreundlichem Strom.

☞ Wir brauchen eine wirksame Kontrolle der Preisbildung. Die von Bundeswirtschaftsminister Rösler geschaffene Markttransparenzstelle schafft keine Transparenz für EnergieverbraucherInnen. Obwohl dies bekannt ist, schafft es diese Bundesregierung nicht, die Marktaufsicht wirksam zu verbessern und VerbraucherInnen vor der Abzocke zu schützen.

*Andreas Beichler,
Grüne Ratsfraktion Ronnenberg*

Impressum – Vorstand

V.i.S.d.P.:

Regina Lupp, Vorstandspräsidentin Telefon 0511 433164 regina.lupp@ gruene-ronnenberg.de	Jörg Rutzen Vorstand Telefon 0511 431611 joerg.rutzen@ gruene-ronnenberg.de
---	---

www.gruene-ronnenberg.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Kontakt zur grünen Ratsfraktion

Ruth Wenzel Sieben-Trappen-Str. 1 30952 Ronnenberg Telefon 05108 65 28 ruth.wenzel@ gruene-ronnenberg.de	Jens Williges Stettiner Str. 7 30952 Ronnenberg 05109 8299 jens.williges@ gruene-ronnenberg.de
---	---



Jugendkonzept – es gibt noch viel zu tun

Seit vielen Jahren ist es den Mitgliederinnen und Mitgliedern von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein dringendes Anliegen, für die Stadt Ronnenberg ein Konzept für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu haben, das auf einer Ermittlung der vorhandenen Bedarfe fußt. Diesen Auftrag sehen wir vor allem im Bereich der Prävention. Jugendarbeitslosigkeit, steigendes Suchtverhalten, verführerische Spielhallen oder das Wissen um die soziale Spaltung auch in Ronnenberg machen uns

besorgt. Vielen ungünstigen Trends gilt es entgegenzusteuern. Hierfür bedarf es eines klug durchdachten Konzeptes.

Im April 2010 wurde eine differenzierte Empfehlung der Beraterfirma QUBIC vorgelegt und nach intensiver Beratung im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Umsetzung in die Verwaltung verwiesen. Erster spürbarer Schritt war die Einstellung des Stadtjugendpflegers Herrn von Maltzahn. Annähernd gleichzeitig entschloss sich die Region Hannover, eine Jugendhilfestation in Ronnenberg-Empelde zu eröffnen. Die ersten Säulen eines Jugendkonzeptes standen.

Inzwischen hat der Stadtjugendpfleger seine Arbeit aufgenommen. Unser vorrangigster Baustein für eine nächste Säule ist nun die Gründung eines Jugendforums noch in diesem Jahr – so wünschen es Rat und Verwaltung der Stadt. In diesem Jugendforum werden alle Personen und Verbände miteinander ins Gespräch gebracht, die etwas zu Freizeit, Bildung, sozialer Situation oder im weitesten Sinn gesundem Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen beitragen können. Ziel ist die Nutzung vorhandener Ressourcen und Bearbeitung von Themen, bei denen Veränderungen oder Entwicklungen erforderlich sind. Ein Blick über den Tellerrand in die Nachbarkommunen ist dabei gewünscht, da man bekanntlich nicht jedes Rad selbst neu erfinden muss. Wer aufmerksam die Presse verfolgt, hat die Diskussion um



Auf Jugendliche zugehen: Grüne fordern Streetworking als niedrigschwelliges Beratungsangebot.

ein Jugendzentrum wahrnehmen können. Einige Standorte wurden in Betracht gezogen, eine abschließende Haltung gibt es noch nicht, weil persönliche Interessen bei einem Standort in der Ortsmitte oder Sicherheits- und Kostenfragen beim alten Bahnhofsgebäude zu intensiven Diskussionen führen. Erschwerend kommt hinzu, dass noch nicht bekannt ist, was eigentlich die Jugendlichen brauchen oder annehmen könnten. Um dies herauszufinden, bräuchte man eine direkte Kontaktperson, den von uns geforderten Streetworker eventuell auch eine Streetworkerin auch als niedrigschwelliges Beratungsangebot.

Erste Neuerungen sind eingeführt und evaluiert worden. Der Fahrdienst aus Vörie und anderen Ortsteilen für Kinder zum Jugendzentrum in Empelde wurde aus unserer Sicht nicht angenommen. Ein Bericht ist angekündigt. Ferienpassaktionen wurde erfolgreich durchgeführt. Unklar ist bislang geblieben, ob dies eine Maßnahme ist, die vorzugsweise von den Familien angenommen wird, die sich ohnehin gut um ihre Kinder kümmern können oder ob auch Kinder profitieren, deren Eltern einen erhöhten Unterstützungsbedarf haben. Hier erwarten wir Antworten.

Inzwischen sei die Juleica-Ausbildung geplant. Durch regelmäßige Absolventinnen und Absolvententreffen sollen die Jugendlichen an die Stadt angebunden werden, um im Bedarfsfall zur Ver-

fügung zu stehen. Diese Schulung ist ein Angebot für die, die sich der Kirche nicht so verbunden fühlen (wo es seit Jahren eine hohe Beteiligung an entsprechenden Kursen gibt), trotzdem aber zu ehrenamtlicher Arbeit bereit sind.

Ein Jugendkonzept ohne das Internet ist heute nicht mehr denkbar. Um die Angebote der Stadt nutzen zu können, ist ein Internetportal geplant. Dass diese Angebote den Anforderungen an den Jugendschutz genügen, be-

darf keiner besonderen Erwähnung. Wir Grüne legen aber großen Wert darauf, unter dem Aspekt der PC-Sucht auch geeignete Sicherheitshinweise anzudenken oder Schulungen anzubieten. Möglicherweise können Partner hierfür wie z.B. die VHS gefunden werden.

Die UN-Konventionen zu einer »Inklusiven Gesellschaft«, einer Gesellschaft, in der behinderte Menschen gleichberechtigte Teilhabe finden, ist eine neue Perspektive, für die es andere Wege auch in der Jugendarbeit zu gehen gilt. Behinderte Kinder und Jugendliche (wie alle behinderten Menschen) haben nur sehr begrenzt Möglichkeiten, in ihrer Freizeit mit nicht behinderten Kindern zusammenzutreffen oder an Angeboten teilzunehmen – insbesondere, wenn die Eltern nicht in vollem Umfang die vorhandenen Barrieren überwinden können. Hier ist viel Nachholbedarf.

Ein Konzept für Jugendarbeit ist letztendlich nicht ohne ein Freiraumkonzept zu denken. Hier sind wir gespannt auf Anregungen, die wir aus den vielfältigen Bausteinen erhalten werden.

Zusammengefasst ist hier etwas aus der Taufe gehoben worden, was einer Notwendigkeit entspringt und sich in vielen Bereichen positiv auswirken kann. Nun lasst Taten folgen!

Dorothea Pein,
Grüne Ratsfraktion Ronnenberg



Der Vorstand der Grünen Ronnenberg setzt sich für den Erhalt des Empelder Freibades ein

Seit Jahren gibt es Stimmen, die wegen zu hoher Kosten für die Stadt Ronnenberg eine Schließung des Empelder Freibades fordern. Der Vorschlag, eine Genossenschaft zu gründen, um das Freibad zu erhalten und die Kosten zu senken wird u.a. von den Freien Wählern eingebracht, hat aber seine Tücken.

Bei einer Veranstaltung zu diesem Thema hat sich dieser Vorschlag als sehr problematisch dargestellt, da die vorgestellten Modelle andere Grundvoraussetzungen hinsichtlich ihrer Bevölkerungsstruktur und der finanziellen Möglichkeiten der Einwohnerinnen und Einwohner aufweisen und auf Empelde nicht übertragbar sind. Außerdem gibt es nur wenige Genossenschaftsmodelle, die sich selber tragen. Fast alle sind letztendlich immer noch auf Zuschüsse der Kommune angewiesen. Und es gibt viele Beispiele der Privatisierung, die scheiterten.

Der Vorstand der Ronnenberger Grünen setzt sich für den Erhalt des Freibades ein, denn aus sozialen Gründen ist es nicht zu vertreten, Familien, die es sich z.B. nicht leisten können im Sommer zu verreisen, diese Freizeitmöglichkeit zu verwehren.

Auch der Hinweis, die bisherigen Besucherinnen und Besucher könnten doch nach Gehrden fahren, ist nicht unbedingt hilfreich, denn kurze Wege und die Möglichkeit im eigenen Ort ein Schwimmbad mit Freunden und Bekannten aufzusuchen, sind durchaus nicht von der Hand zu weisen. Außerdem würde dies Mehrkosten und Mehraufwand für die Familien verursa-

chen. Kinder und jüngere Jugendliche, können den Weg zum Freibad in Empelde mit dem Fahrrad schon allein bewältigen. Die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft und DRK Wasserwacht verweist Jahr für Jahr auf die zunehmende Zahl von Heranwachsenden, die entweder gar nicht oder nur schlecht schwimmen können. Über das wahre Ausmaß ist die Landesregierung nicht informiert. Eine Statistik über die Schwimmfähigkeit von Grundschulkindern liegt der Landesregierung nach eigenem Bekunden unverändert nicht vor. Laut DLRG-Statistik steigt die Zahl tödlicher Badeunfälle deutlich.

Auch deshalb sieht der Vorstand hier einen besonderen Auftrag, das Empelder Freibad zu erhalten.

Ferner sieht der Vorstand in der Beheizung des Freibades eine Möglichkeit, dessen Attraktivität zu erhöhen, so dass dann auch wahrscheinlich die Besucherzahlen steigen würden. Wichtig wäre es vor allem, in der Kommune Sponsoren zu finden, die hier finanziell unterstützen könnten.

**Vorstand Grüne Ronnenberg
Regina Lupp, Christine Tröster-Rutzen**



FOTOS (2): RUTZEN

Schwimmer- und Nichtschwimmerbecken mit dem Charme der 30er Jahre.



Große beliebte Liegewiese des Freibades mit altem Baumbestand.